

Nachhaltige Ernährungspolitik in Österreich

Analyse von politischen Dokumenten im Hinblick auf Aktivitäten zur Förderung von nachhaltiger Ernährung

Ursula Trübswasser, Theres Rathmanner, Barbara Wondrasch

Februar 2024

Zitiervorschlag: Trübswasser Ursula, Rathmanner Theres, Wondrasch Barbara (2024). Nachhaltige Ernährungspolitik in Österreich - Analyse von politischen Dokumenten im Hinblick auf Aktivitäten zur Förderung von nachhaltiger Ernährung. FH St. Pölten, Niederösterreich.

Autorinnen:

Ursula Trübswasser, Institut für Gesundheitswissenschaften, FH St. Pölten
Theres Rathmanner, Institut für Gesundheitswissenschaften, FH St. Pölten
Barbara Wondrasch, Institut für Gesundheitswissenschaften, FH St. Pölten

Unter Mitarbeit von:

Barbara Stadlmayr, Institut für Entwicklungsforschung, Department für Nachhaltige Agrarsysteme, Universität für Bodenkultur Wien

Eigentümerin und Herausgeberin: Fachhochschule St. Pölten



Inhalt

1	Abkürzungen	4
2	Kurzfassung	5
3	Summary	7
4	Hintergrund	9
4.1	Definition und Bedeutung einer nachhaltigen Ernährung	9
4.2	Politischer Handlungsbedarf	9
4.3	Ziel dieser Studie	11
5	Methode	12
6	Ergebnisse	14
6.1	Maßnahmen für nachhaltige Ernährungsverhaltensweisen	16
6.1.1	Reduktion des Konsums von tierischen und Erhöhung jenes von pflanzlichen Lebensmitteln	16
6.1.2	Reduktion des Konsums von ungesunden Lebensmitteln	17
6.1.3	Erhöhung des Konsums von biologischen Lebensmitteln	18
6.1.4	Lebensmittelabfälle reduzieren	19
6.1.5	Förderung des Konsums von regionalen und saisonalen Lebensmitteln	19
6.2	Die Art der politischen Instrumente:	20
7	Schlussfolgerung	21
8	Empfehlungen	22
8.1	Empfehlungen für politische Maßnahmen	22
8.2	Empfehlungen für Forschung:	23
9	Literaturverzeichnis	24

Seite

1 Abkürzungen

AGES	Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit
BMBWF	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
BMSGPK	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
BMK	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
BML	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FH	Fachhochschule
naBe	Aktionsplan und Kernkriterien für die Beschaffung nachhaltiger Produkte und Leistungen
NAPe	Nationaler Aktionsplan Ernährung
ÖGE	Österreichische Gesellschaft für Ernährung
SAPEA	Science Advice for Policy by European Academies
SDG	Sustainable Development Goals
UN	United Nations
WHO	World Health Organization

2 Kurzfassung

Hintergrund und Ziele: Es gibt dringenden Handlungsbedarf, um Ernährungssysteme und Ernährungsverhalten nachhaltiger zu gestalten, um die Nachhaltigkeitsziele der UN (UN SDG) zu erreichen. Die globale Nahrungsmittelproduktion, speziell Fleischproduktion, trägt massiv zu globalen Umweltproblemen bei, und exzessiver Konsum von vor allem rotem und verarbeitetem Fleisch ist mit chronischen Krankheiten wie Darmkrebs, Herzkreislauferkrankungen und Übergewicht und Typ 2 Diabetes assoziiert. Die herausfordernde Transformation zu gesünderer und nachhaltigerer Ernährung verlangt integrierte und kohärente Maßnahmen auf verschiedenen politischen Ebenen. Das Ziel dieser Studie war es daher, politische Dokumente in Bezug auf geplante Maßnahmen zu analysieren, die die Förderung einer nachhaltigen und gesunden Ernährung in der Bevölkerung zum Ziel haben.

Methode: Für diese Studie wurden politische Dokumente von Webseiten von zehn Ministerien und Institutionen in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Ernährung, Lebensmittel und Nachhaltigkeit gesucht. Die inkludierten Dokumente mussten von einem Ministerium oder einer politischen Institution verabschiedet sein. Dies konnte Strategien, (Aktions-)Pläne, Richtlinien oder Regierungsprogramme beinhalten. Zumindest eine der vorgeschlagenen Maßnahmen musste sich auf Nachhaltigkeit in Bezug auf Ernährung/Lebensmittel beziehen. Die Texte der identifizierten Dokumente unterliefen eine thematische Analyse und wurden auf politische Maßnahmen und Instrumente in Bezug auf vier Verhaltensweisen für eine nachhaltige Ernährung untersucht: (1) Reduktion des Konsums von tierischen und Erhöhung jenes von pflanzlichen Lebensmitteln; (2) Reduktion des Konsums von ungesunden Lebensmitteln, die z.B. einen hohen Zucker-, Fett, oder Salzgehalt haben und/oder hochverarbeitet sind; (3) Erhöhung des Konsums von biologischen Lebensmitteln; und (4) Reduktion von Lebensmittelabfällen. Durch den induktiven Ansatz der Analyse wurden auch Maßnahmen zu anderen Verhaltensweisen identifiziert. Weiters wurden die Maßnahmen entsprechend der Klassifizierung von politischen Instrumenten in informative, regulative, finanzielle oder organisatorische Instrumente eingeteilt.

Ergebnisse: Die Suche ergab 57 Dokumente, von denen 30 die Inklusionskriterien erfüllten. Die meisten der analysierten Dokumente wurden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz verabschiedet (n=10), gefolgt von den Ministerien für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (n=8), Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (n=5), der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) (n=5). Ein Dokument des Ressorts Bildung sowie das nationale Regierungsprogramm 2020–2024 waren auch Teil dieser Analyse. Die häufigsten Maßnahmen in den analysierten Dokumenten bezogen sich auf eine Reduktion von ungesunden Lebensmitteln, gefolgt von Maßnahmen zu erhöhtem Konsum biologischer Lebensmittel. Ein wichtiger zusätzlicher Aspekt war der Konsum von regionalen und

saisonalen Lebensmitteln, welches in Dokumenten aller Sektoren thematisiert wurde. Die meisten Dokumente waren nur auf einen Aspekt fokussiert, der zum Teil auch ressortspezifisch war. Zum Beispiel wurde die Reduktion von ungesunden Lebensmitteln ausschließlich in Dokumenten des Gesundheitsressorts und der AGES angesprochen, während der Konsum von biologischen Lebensmitteln und Lebensmittelabfall vorrangig in Dokumenten aus den Ressorts Landwirtschaft, Klima und Nachhaltigkeit erwähnt wurden. Die meisten der empfohlenen Maßnahmen bezogen sich auf informative Instrumente. Informationskampagnen für die Öffentlichkeit, Beratung von Konsument*innen, Initiativen im Bildungsbereich, vor allem in Schulen zur Bewusstseinsbildung wurden oftmals genannt. Beschaffung von Lebensmitteln war ein zentrales Thema, wobei in Bezug auf ungesunde Lebensmittel nur Empfehlungen ausgesprochen wurden, während für Beschaffung biologischer und regionaler Produkte klare Ziele gesetzt wurden.

Schlussfolgerung: Unsere Studie fand zahlreiche Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigen Ernährungsweisen in Österreich, vor allem in der Gemeinschaftsverpflegung wurden klare Ziele gesetzt zu verschiedenen Gesichtspunkten einer nachhaltigen Ernährung. Jedoch sind die meisten Maßnahmen von informativer Natur und nicht rechtlich bindende regulative Instrumente. Weiters fand unsere Erhebung eine klare sektorale Trennung von Maßnahmen, die auf den Konsum oder die Produktion von Lebensmitteln abzielt. Der starke Fokus auf Regionalität könnte von anderen, zum Teil wichtigeren Maßnahmen ablenken. Es besteht dringender Handlungsbedarf für einen systemischen, partizipativen Ansatz, der verschiedene Verhaltensweisen gleichzeitig, kohärent und inklusiv fördert und von verschiedenen Sektoren, Bevölkerungsgruppen und Akteur*innen in der Lebensmittelproduktion getragen wird. Die eingesetzten Instrumente sollten sowohl die Verhaltens- als auch die Verhältnisebene ansprechen.

3 Summary

Background and objectives: It is evident that food systems and diets need to be more sustainable. Meat production for instance contributes to global environmental problems and excessive meat consumption is also associated with noncommunicable diseases. A supporting policy framework is needed to promote more sustainable diets. Our study therefore analyzed Austrian policy documents regarding the types of policy actions to promote sustainable diets.

Method: We collected policy documents through web searches and email contacts with ten ministries and government institutions related to food, health, nutrition, climate, and agriculture. The included documents had to be outputs of decision-making in the form of published strategies, plans or policies. Every document was coded applying a thematic analysis based. Codes were defined for dietary behaviors and types of policy instruments. We used the 4 key impact behaviors: (1) reducing consumption of meat and animal foods and increasing plant-based foods; (2) reducing the consumption of unhealthy foods, i.e. those that are high in fat, salt and sugar or ultra-processed foods; (3) increasing the consumption of organic foods and (4) reducing food waste at household level. We used an inductive approach to also allow themes to emerge from the policy documents. We also coded policy actions based on Hood's classification into informative, regulatory, economic, or organizational instruments.

Findings: Our analysis included 30 documents, which were published by the different sectors: health (n=10), agriculture (n=8), climate (n=5), food safety and nutrition (n=5), and one document from the education sector. The most proposed policy action related to the 4 key behaviors was related to reduction of unhealthy foods, followed by increasing consumption of organic foods. In addition to the key behaviors, we identified promoting the consumption of regional and seasonal foods as the most dominant, which cut across all government sectors. Actions to reduce unhealthy food consumption were mostly proposed by the health sector, while the agriculture sector proposed more actions related to organic food and food waste. Most documents (n=25) proposed policy actions for only 1 or 2 key behaviors. Regarding the policy instruments, information, and education to improve consumption or reduce food waste was mentioned the most by all sectors. Food procurement was a prominent action, but regarding consumption of unhealthy food, only recommendations were made while for organic and regional food procurement in public institutions clear goals have been set.

Conclusions: We identified numerous policy actions proposed to make diets more sustainable in Austria. Many of these actions were of informative rather than regulatory or financial nature. We also found a sectoral divide in the types and numbers of behaviors that were promoted. Actions related to consumption and production were still considered as separate sectoral responsibilities. The strong focus on regionality might shift the focus away from other, potentially more important sustainability efforts. There is a need to shift the

attention to more systemic, inclusive and participatory approaches that require coherent and inclusive policy actions across different sectors, actors and population groups addressing consumption as well as production of sustainable foods through a variety of tools that go beyond the responsibility of the individual.

4 Hintergrund

4.1 Definition und Bedeutung einer nachhaltigen Ernährung

Nachhaltige Ernährungsweisen haben geringere Auswirkungen auf die Umwelt, schonen Ressourcen, tragen zur Lebensmittel- und Ernährungssicherung bei und ermöglichen heutigen und zukünftigen Generationen ein gesundes Leben. Sie schützen die biologische Vielfalt und die Ökosysteme, sie sind kulturell angepasst, verfügbar, ökonomisch gerecht und bezahlbar, ernährungsphysiologisch angemessen, sicher und gesund, und verbessern gleichzeitig die natürlichen und menschlichen Lebensgrundlagen.¹

Im Jahr 2019 hat die EAT Lancet Kommission die „Planetary Health Diet“ präsentiert. Zu den wissenschaftlich fundierten Zielen der EAT-Lancet-Kommission gehören Empfehlungen für eine nachhaltige Ernährungsweise, die viel mehr Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Nüsse und weniger Fleisch beinhaltet.² Sie beschreibt nicht nur eine neue Ernährungsweise, sondern auch eine radikale Transformation des Agrar- und Ernährungssystems ohne die eine entsprechende Umstellung des Ernährungsverhaltens nicht möglich wäre. Für die landwirtschaftliche Produktion bedeutet das auf globaler Ebene 50% mehr Obst, Gemüse und Fisch aus Aquakultur, höhere Produktion von Nüssen und Hülsenfrüchten, eine deutliche Reduktion (um 75%) der Fleischproduktion und eine Halbierung der Lebensmittelabfälle.

Ein reduzierter Fleischkonsum hat sowohl positive Auswirkungen auf die Umwelt als auch auf die Gesundheit. Die globale Nahrungsmittelproduktion ist zum Beispiel für 25 % der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Speziell die Fleischproduktion trägt massiv zu globalen Umweltproblemen bei. Zudem ist ein exzessiver Fleischkonsum, vor allem von rotem (Rind, Schwein, Lamm und Ziege) und verarbeitetem Fleisch, mit chronischen Krankheiten wie Darmkrebs, Herz-Kreislauferkrankungen und Übergewicht und Typ 2 Diabetes assoziiert.³ Der aktuelle Fleischkonsum in Österreich übersteigt die Empfehlungen bei weitem: Der jährliche Pro-Kopf-Fleischverzehr liegt in Österreich bei rund 88,2 kg Fleisch,⁴ und damit weit über den empfohlenen 23 kg.⁵

4.2 Politischer Handlungsbedarf

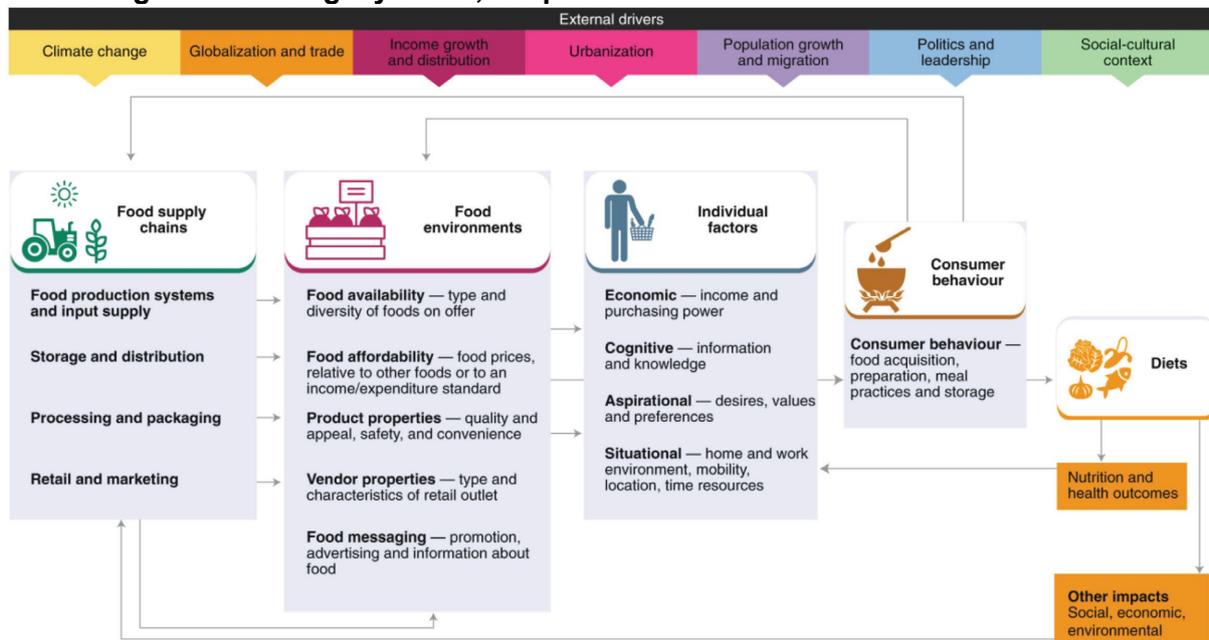
Es gibt dringenden Handlungsbedarf, unsere Ernährungssysteme und unser Ernährungsverhalten zu verändern, um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (UN SDGs) zu erreichen.⁶ Ernährungssysteme umfassen alle Personen, Unternehmen, Organisationen, Aktivitäten und Prozesse, die an der landwirtschaftlichen Produktion, Verarbeitung, Handel, Konsum und Entsorgung von Lebensmittel direkt oder indirekt beteiligt sind (Abbildung 1). Integrierte und kohärente Maßnahmen mit einem systemischen Ansatz,

sowohl horizontal durch verschiedene sektorale Aktivitäten und Prozesse als auch vertikal auf den verschiedenen politischen Ebenen, sind unabdingbar für eine nachhaltige Transformation des Ernährungssystems.⁷ Zum Beispiel kann eine gesunde, nachhaltige Ernährung nur möglich sein, wenn durch die landwirtschaftliche Produktion auch die notwendigen Lebensmittel verfügbar und leistbar gemacht werden.

Für einen Wandel im Ernährungsverhalten der Bevölkerung bedarf es daher Programme und Strategien, die sowohl die Verhaltens- als auch die Verhältnisebene positiv beeinflussen. Auf der Verhältnisebene spielt die Ernährungsumgebung („food environment“) eine besondere Rolle. Sie bezieht sich auf das soziale und physische Umfeld in Bezug auf Verfügbarkeit, Leistbarkeit, Lebensmittelhygiene und Erreichbarkeit von gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln. Ernährungsumgebungen beschreiben die Kontexte und Räume, innerhalb derer Menschen Entscheidungen über Lebensmittel treffen bzw. in ihrem Ess- und Konsumverhalten beeinflusst werden.⁸ Die 2020 veröffentlichte Farm-to-Fork-Strategie der EU-Kommission betont, dass Ernährungsumgebungen einen entscheidende Einfluss auf unser Ernährungsverhalten ausüben.⁹

Eine globale WHO-Erhebung hat gezeigt, dass Regierungen eher politische Maßnahmen zur Wissensvermittlung und Bildung implementieren und damit auf der Verhaltensebene agieren als die Ernährungsumgebungen gesünder oder nachhaltiger zu gestalten.¹⁰ Gestaltung von gesunden und nachhaltigen Ernährungsumgebungen, in denen „die gute Wahl die leichte Wahl ist“, sind jedoch genauso wichtig wie die Bereitstellung von Informationen.

Abbildung 1. Ernährungssysteme, adaptiert von HLPE¹¹



Politische Lösungsansätze sollten unterschiedliche Maßnahmen beinhalten, um alle Aktivitäten und Faktoren im Ernährungssystem zu beeinflussen:

1. Informative Maßnahmen: z.B. öffentliche Kampagnen, Bildungsangebote für die breite Bevölkerung in unterschiedlichen Formaten (Unterricht, Vorträge, Kochkurse, Seminare, Workshops, Anlegen eines Schulgartens, Wettbewerbe etc.). Die Vermittlung von Wissen und das Fördern von Kompetenzen, Ernährungsberatung.
2. Regulative Maßnahmen: z.B. Regulierung von Werbung und Marketing: Einschränkung bei der Werbung (bestimmter) tierischer Lebensmittel zur Vermeidung nicht-nachhaltiger Ernährung oder Regulierung von Werbung von zuckerhaltigen Getränken. Lebensmittelangebot, z.B. Regulierung der Verfügbarkeit von gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung.
3. Finanzielle Anreize: z.B. Erhöhung des Mehrwertsteuer-Satzes für tierische Produkte oder die Verringerung des Mehrwertsteuer-Satzes für Obst, Gemüse bzw. pflanzliche Produkte. Dazu zählen aber auch Subventionen, z.B. gezielter für den Anbau von Gemüse, Obst und Leguminosen, um die Leistbarkeit von gesunden, nachhaltigen Lebensmitteln zu gewährleisten.
4. Organisatorische Maßnahmen: Intersektorale Koordinierung erfordert (i) Regierungs- und Nichtregierungsinstitutionen; (ii) horizontale, vertikale und partizipative Vorgehensweisen; (iii) Einbeziehen verschiedener Sektoren, politischer Ebenen, Bevölkerungsgruppen und Akteur*innen der Lebensmittelproduktion in die Planung, Umsetzung und Überwachung von Strategien und Prozessen – auf lokaler und nationaler Ebene.

4.3 Ziel dieser Studie

Das Ziel dieser Studie war, politische Dokumente in Bezug auf geplante Maßnahmen zu analysieren, die die Förderung einer nachhaltigen und gesunden Ernährung in der Bevölkerung zum Ziel haben. Ein weiteres Ziel war zu verstehen, welche Art von Instrumenten vorgeschlagen werden, um die Maßnahmen umzusetzen.

5 Methode

Für diese Studie wurden politische Dokumente von Webseiten von zehn Ministerien und Institutionen in Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Ernährung, Lebensmittel, Nachhaltigkeit, Klima und Bildung¹ gesucht. Zusätzlich wurden Vertreter*innen von verschiedenen Ministerien und Institutionen kontaktiert, um weitere Dokumente zu erhalten.

Es wurden nationale Dokumente inkludiert, die von einem Ministerium oder einer politischen Institution ab dem Jahr 2010 verabschiedet wurden. Diese konnten Strategien, (Aktions-) Pläne, Richtlinien oder Regierungsprogramme beinhalten mit klarer Zielsetzung und entsprechenden Maßnahmen.¹² Zumindest eine der vorgeschlagenen Maßnahmen musste sich auf Nachhaltigkeit in Bezug auf Ernährung und/oder Lebensmittel beziehen. Die identifizierten Dokumente wurden nach diesen Kriterien gescreent und dann einer thematischen Analyse unterzogen.¹³

Die thematische Analyse erfolgte mittels deduktiver Codierung der Texte einerseits in Bezug auf vier wichtige Aspekte des Ernährungsverhaltens und andererseits in Bezug auf vier Kategorien von politischen Instrumenten.

1. Nachhaltiges Ernährungsverhalten:

Hierfür zogen wir die vier wichtigsten Verhaltensweisen für eine nachhaltige Ernährung vom SAPEA-Bericht „Towards sustainable food consumption“¹⁴ heran:

- a. **Reduktion** des Konsums von **tierischen** und **Erhöhung** von **pflanzlichen Lebensmitteln**;
- b. **Reduktion** des Konsums von **ungesunden Lebensmitteln**, die z.B. einen hohen Zucker-, Fett, oder Salzgehalt haben und/oder hochverarbeitet sind;
- c. **Erhöhung** des Konsums von **biologischen Lebensmitteln**;
- d. **Reduktion** von **Lebensmittelabfällen**.

Diese vier Verhaltensweisen wurden ausgewählt, weil sie die wichtigsten Hebel für nachhaltige und gesunde Ernährungsweisen auf der individuellen Ebene darstellen.

2. Politische Instrumente:

Zusätzlich zu den nachhaltigen Verhaltensweisen wurden die politischen Maßnahmen auch im Hinblick auf die Art des politischen Instruments untersucht. Hierfür diente Hood's Klassifizierung von Instrumenten, welche Regierungen zur Verfügung stehen, um Verhalten von bestimmten Zielgruppen zu beeinflussen:¹⁵

¹Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES), Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, Bundesministerium für Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF), Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Inneres, Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK), Bundesministerium für Landesverteidigung, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML), Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)

1. **Informative Instrumente:** beinhalten z.B. Ernährungsempfehlungen, Bildungsangebote oder Informationskampagnen;
2. **Regulative Instrumente:** gesetzlich bindende Richtlinien, z.B. gesetzliches Rauchverbot oder Regulierung von Lebensmittelkennzeichnung;
3. **Finanzielle Instrumente:** beinhalten wirtschaftliche Anreizmechanismen z.B. Subventionierung von Obst und Gemüse oder Verbrauchssteuer von zuckerhältigen Getränken;
4. **Organisatorische Instrumente:** werden oft mit anderen Instrumenten kombiniert, und beziehen sich auf institutionelle Rahmenbedingungen, z.B. Bildung eines Koordinierungsmechanismus oder Gemeinschaftsverpflegung.

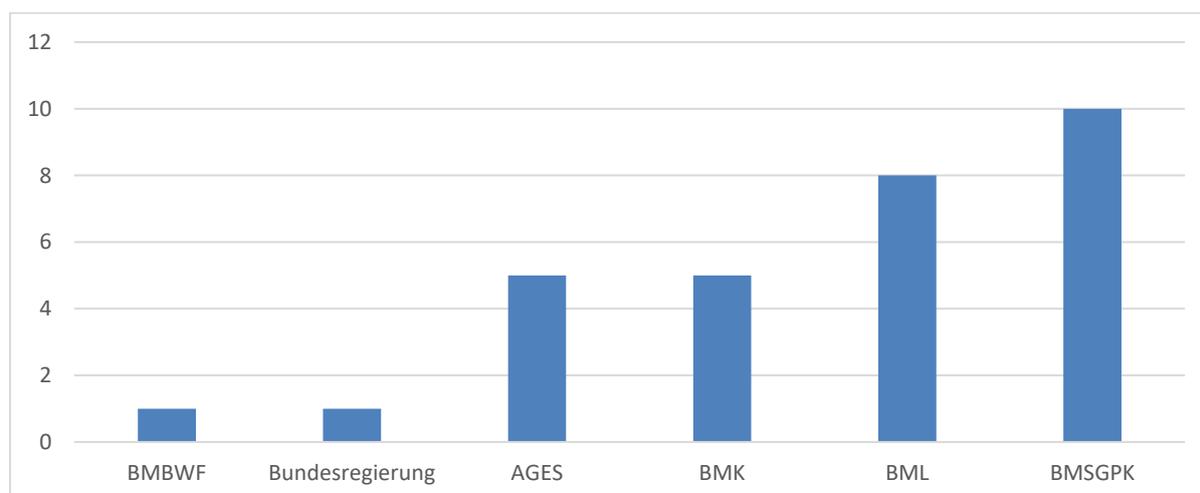
Die Texte aller Dokumente wurden gelesen und entsprechend der vier Verhaltensweisen und der vier politischen Instrumente und entsprechende Textstellen codiert und zusammengefasst.¹³ Zusätzlich zu diesen acht Codes wurden die Texte induktiv auf zusätzliche Themen hin untersucht, die relevant für nachhaltige Ernährung sind. Ein wichtiges zusätzliches Thema war hier der Konsum von regionalen und saisonalen Lebensmitteln. Weitere Aspekte, die aus den Texten hervorkamen, waren nachhaltiges Zubereiten von Speisen, fair gehandelte Lebensmittel und nachhaltige Verpackungen. Die letzten drei Aspekte wurden in sehr wenigen Dokumenten erwähnt, weshalb sie in diesem Bericht nicht weiter diskutiert werden.

6 Ergebnisse

Die Dokumentensuche ergab 57 Dokumente, von denen 30 die Inklusionskriterien erfüllten (verabschiedete nationale Dokumente mit klaren Maßnahmen in Bezug auf Ernährung und/oder Lebensmittel und Nachhaltigkeit).

Die meisten Dokumente wurden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) verabschiedet (n=10), gefolgt von Ministerien für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) (n=8), Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) (n=5), der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) (n=5). Ein Dokument des Ressorts Bildung (BMBWF) sowie das nationale Regierungsprogramm 2020–2024 waren auch Teil dieser Analyse.

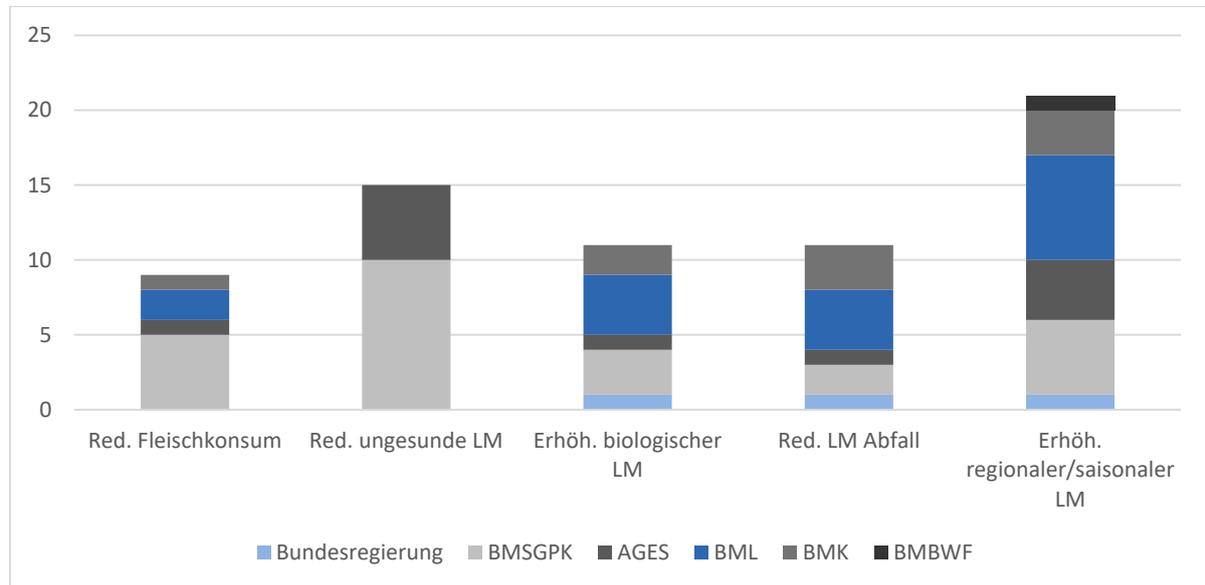
Abbildung 2. Anzahl der politischen Dokumente mit Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Ernährung pro Institution*



*BMBWF: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, AGES: Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, BMK: Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie Mobilität, Innovation und Technologie, BML: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, BMSGPK: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

In Bezug auf die vier Verhaltensweisen wurden verschiedene Maßnahmen identifiziert, die unten genauer ausgeführt sind. Die meisten vorgeschlagenen Aktivitäten fanden sich zur Regionalität und Saisonalität. 21 Dokumente aus allen Ressorts haben Maßnahmen in ihren Dokumenten, die den Konsum von regionalen und saisonalen Lebensmitteln fördern sollen. Nur neun Dokumente schlugen Maßnahmen vor, die darauf abzielten, den Konsum von tierischen Lebensmitteln zu reduzieren oder von pflanzlichen zu erhöhen.

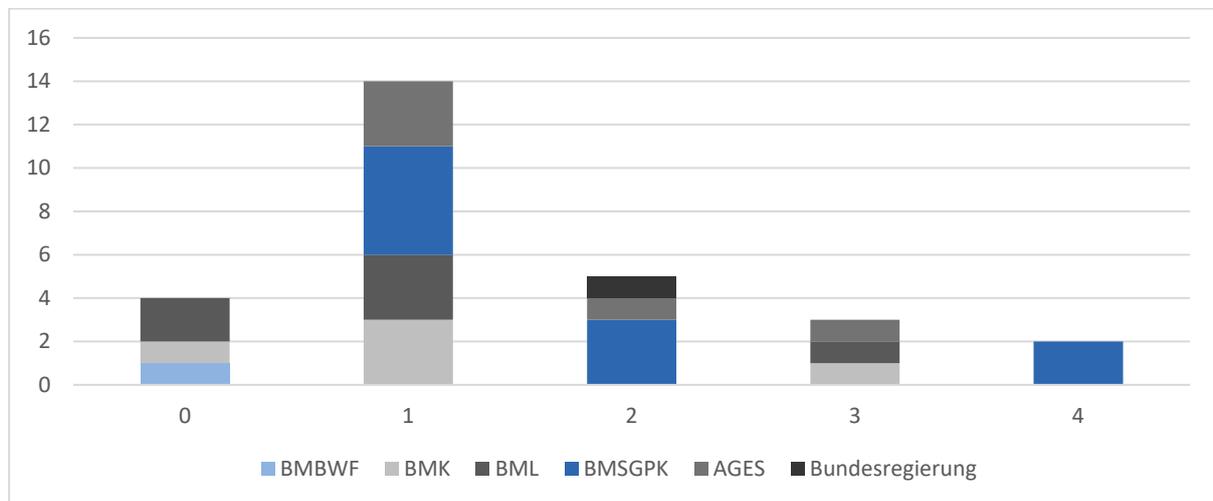
Abbildung 3. Anzahl der Dokumente mit Maßnahmen für verschiedene nachhaltige Ernährungsweisen pro Institution*



*BMBWF: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, AGES: Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, BMK: Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie Mobilität, Innovation und Technologie, BML: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, BMSGPK: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Bezüglich der Anzahl verschiedener Maßnahmen war interessant, dass die meisten Dokumente sich nur auf *eine* Verhaltensweise fokussierten, die zum Teil auch ressortspezifisch war. Die Reduktion von ungesunden Lebensmitteln wurde beispielsweise ausschließlich in Dokumenten des BMSGPK und der AGES angesprochen. Während Konsum von biologischen Lebensmitteln und Lebensmittelabfall vorrangig in Dokumenten aus den Ressorts Landwirtschaft, Klima und Nachhaltigkeit erwähnt wurden. Vier Dokumente bezogen sich auf keine der vier Verhaltensweisen, aber beinhalteten Maßnahmen in Bezug auf Regionalität oder Saisonalität.

Abbildung 4. Anzahl der Dokumente pro Institution und Anzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen



*BMBWF: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, AGES: Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, BMK: Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie Mobilität, Innovation und Technologie, BML: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, BMSGPK: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

6.1 Maßnahmen für nachhaltige Ernährungsverhaltensweisen

6.1.1 Reduktion des Konsums von tierischen und Erhöhung jenes von pflanzlichen Lebensmitteln

Neun Dokumente schlugen Maßnahmen bezüglich Fleischreduktion oder Erhöhung von pflanzenbasierten Lebensmitteln vor. Ein Großteil dieser Dokumente (n=6) wurden vom BMSGPK und der AGES verfasst.

Aus den vorgeschlagenen Maßnahmen war ersichtlich, dass es ein allgemeines Bewusstsein für die Bedeutung einer gesunden und nachhaltigen, pflanzenbasierten Ernährung gibt, das sich aber vorrangig in den Dokumenten des Gesundheitsressorts fand. Dokumente des Klima- oder Landwirtschaftsressorts bezogen sich ausschließlich auf die Produktion, entsprechende Tierschutzstandards,¹⁶ aber nicht auf den Konsum. Der „naBE Aktionsplan & Kernkriterien für die Beschaffung nachhaltiger Produkte und Leistungen“ zum Beispiel betont zwar, dass ein erhöhter Anteil an pflanzlichen Eiweißquellen und die Verwendung von speziell unverarbeiteten Lebensmitteln wichtige Aspekte einer gesunden Ernährung sind, dies aber „*nicht Gegenstand des naBe-Aktionsplans ist*“.¹⁷

Diesbezüglich erwähnten auch nur Dokumente des Gesundheitsressorts die „Planetary Health Diet“ der EAT-Lancet-Kommission und wiesen darauf hin, dass Fleisch einen großen Anteil an der Treibhausbilanz der Ernährung hat.^{18–20}

Die Empfehlungen für Fleischkonsum beziehen sich auf die Häufigkeit, Menge, Portionsgröße und Qualität. Es wird empfohlen, Fleisch bis zu drei Mal pro Woche in Schulen und Kindergärten, Betrieben und Pflegeeinrichtungen anzubieten,^{18,20–23} in einer

Menge von 350 bis 450 g pro Woche¹⁹ bzw. in kleineren Portionsgrößen bei zumindest der Hälfte der angebotenen fleischhaltigen Speisen.^{19,23} Weiters wird geringer Verzehr von rotem, hoch verarbeiteterem Fleisch empfohlen¹⁹ und die Berücksichtigung von fettarmen Fleisch- und Wurstwaren.^{24,25} Für die Gemeinschaftsverpflegung wird empfohlen, Fleisch aus der Region mit AMA-Gütesiegel zu beziehen.^{18,26}

Eine Reduktion von Fleischkonsum wird expliziert nur in einem Dokument erwähnt.²⁰ In Bezug auf den kompletten Verzicht von Fleisch sind die Empfehlungen sehr zurückhaltend oder sogar abratend, speziell für Kleinkinder, aber auch für die Gemeinschaftsverpflegung.^{19,27,28} Vorsichtig formuliert hinsichtlich reduzierten Fleischkonsums sind auch die österreichischen Beikost-Empfehlungen: „*Fleisch und Fisch muss nicht jeden Tag auf dem Speiseplan stehen*“.²⁸ Fischkonsum wird ein bis zwei Mal pro Woche empfohlen.²⁵ Bei Fisch wurde zusätzlich empfohlen, auf nachhaltige Fangmethoden aus regionalen Gewässern zu achten.^{18,20,22,26}

In Bezug auf **Fleischalternativen und vegetarische Speisen** werden in verschiedenen Ernährungsempfehlungen Hülsenfrüchte erwähnt. Diese werden nicht als eigene Lebensmittelgruppe betrachtet, sondern als eine „*gute Alternative zu Fleischgerichten*“.^{18–20,27} Hülsenfrüchte werden als wichtige Protein- und Eisenquellen erwähnt, aber nicht speziell hervorgehoben.²⁸

Der „naBe Aktionsplan“ empfiehlt, dass in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung täglich mindestens ein vegetarisches oder veganes Hauptgericht angeboten werden soll, das saisonal und regional ist.¹⁷

6.1.2 Reduktion des Konsums von ungesunden Lebensmitteln

Fünfzehn Dokumente schlugen Maßnahmen für die Reduktion des Konsums von ungesunden Lebensmitteln vor. Alle stammten vom Gesundheitsressort und der AGES. Keines der Dokumente anderer Sektoren bezog sich auf ungesunde Lebensmittel.

Die **Empfehlungen bezüglich des Konsums ungesunder Lebensmittel** bezogen sich vor allem auf zucker-, fett-, und salzhaltige Lebensmittel. Explizite Nennungen wurden nur selten gemacht. Die Ausnahme waren zuckerhaltige Getränke, die speziell für Kinder von ein bis zehn Jahren nicht empfohlen wurden.^{21,27,28}

Für die Schulverpflegung waren Empfehlungen bezüglich einzelner Lebensmittel auch vorsichtig formuliert: „*Zuckergesüßte Getränke wie Limonaden, Colagetränke, Energy-Drinks sind nicht ideal*“²⁹ oder „*weniger empfehlenswert*“.²⁵ Die Leitlinie Schulbuffet empfiehlt ein schrittweises Austauschen von Getränken mit hohem Zuckergehalt wie Limonaden durch zuckerfreie bzw. solche mit moderatem Zuckergehalt.³⁰ Nur für Energy-Drinks wurde empfohlen, dass diese nicht am Schulbuffet angeboten werden sollen.²⁹

Die Checkliste für Schulverpflegung empfiehlt auch klar, dass „*Fett-, Salz- und Zuckerreiche Speisen und zuckerhaltige Getränke nicht beworben oder bei der Speisenausgabe bevorzugt positioniert werden sollen und dass an der Schule keine ,schulfremde Werbung für*

Lebensmittel und Getränke“ sein darf.²⁹ In Bezug auf Werbung von Lebensmitteln und Getränken vor, während und nach Kindersendungen, empfiehlt die Nationale Ernährungscommission die Verwendung des Österreichisches Nährwertprofil für Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker, Salz und Energiedichte zur Lenkung von Lebensmittelwerbung an Kinder in Audiovisuellen Medien.³¹

Zwei Dokumente erwähnten **Reformulierung von Lebensmitteln**, um den Gehalt an Fett, Zucker und Salz zu optimieren.^{32,33} Der „Nationale Aktionsplan Ernährung“ (NAPe) schlug zum Beispiel eine *„Modifikation bzw. Optimierung der Fett- und Kohlenhydratzufuhr auch durch Verbesserung des ernährungsphysiologischen Wertes von Lebensmitteln wie durch entsprechende ordnungs-politische Maßnahmen und/oder Schaffung von Anreizen für Reformulierungen“* vor.³²

In Bezug auf **hochverarbeitete, Convenience- oder Tiefkühl-Produkte**, empfahlen vier Dokumente, Lebensmittel mit hohem Verarbeitungsgrad, die oft einen hohen Gehalt an Fett, Salz und Zucker sind, sparsam zu einzusetzen und *„möglichst nur wenig verarbeitete Produkte zu wählen“*, während frische Lebensmittel mit geringem Verarbeitungsgrad bevorzugt werden sollten.^{18–20,33}

6.1.3 Erhöhung des Konsums von biologischen Lebensmitteln

Zwölf Dokumente enthielten Maßnahmen bezüglich des Konsums biologischer Lebensmittel. Die Produktion und Vermarktung von biologischen Lebensmitteln und die Berücksichtigung von Tierwohlstandards wurde in Dokumenten des Landwirtschafts- und Klimaressorts thematisiert.^{16,17,34–38} Maßnahmen, die sich ausschließlich auf die Produktion beziehen, werden jedoch in diesem Bericht nicht besprochen.

Allgemeine Ernährungsempfehlungen beziehen sich kaum auf biologische Lebensmittel, aber die Beikostempfehlungen geben Hinweise, z. B.: *„beim Kauf sollte auf Bio-Produkte geachtet werden“*.²⁸ Empfehlungen für Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kindergärten und Pflegeeinrichtungen zielen darauf ab, vermehrt biologische Lebensmittel in den Speisen zu verwenden.^{18,20,29} Das Regierungsprogramm 2020-2024 hat sich zum Ziel gesetzt, den *„Anteil regionaler, saisonaler und biologischer Lebensmittel in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen zu steigern, und den Bio-Anteil zu erhöhen“*.³⁹ Der „naBe-Aktionsplan“ setzt klare Ziele für die Beschaffung von Lebensmitteln für öffentliche Gemeinschaftsverpflegung.¹⁷ So soll ein bestimmter Prozentsatz an beschafften Lebensmitteln aus biologisch/ökologischer Erzeugung kommen:

- Mindestens 25% ab 2023
- Mindestens 30% ab 2025
- Mindestens 55% ab 2030

Weiters soll in Großküchen der öffentlichen Hand täglich mindestens ein vegetarisches oder veganes Hauptgericht angeboten werden, das saisonal und regional ist und mindestens eine Hauptzutat aus biologischer/ökologischer Erzeugung enthält.^{17,18,26}

6.1.4 Lebensmittelabfälle reduzieren

Elf Dokumente erwähnten Maßnahmen zur Reduktion von Lebensmittelabfällen.

Ziele zur Reduktion von Lebensmittelabfällen wurden für den Haushaltsbereich, Gemeinschaftsverpflegung sowie für Produktion und Einzelhandel gesetzt. Die „Strategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen“ sieht vor, dass bis 2023 die vermeidbaren Lebensmittelabfälle pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene (einschließlich Außer-Haus-Konsum) halbiert und die Lebensmittelverluste entlang der Produktions- und Lieferketten reduziert werden.⁴⁰

Der „Aktionsplan Lebensmittel sind kostbar“⁴¹ ist eine Kooperation mit Wirtschaft, Konsument*innen, Gebietskörperschaften und sozialen Einrichtungen, die eine **freiwillige Vereinbarung** geschlossen haben, um genusstaugliche Lebensmittel an soziale und gemeinnützige Einrichtungen weiterzugeben.^{41,42} Das Regierungsprogramm 2020-2024 spricht sogar von einem „*Verbot des Entsorgens von genusstauglichen Lebensmitteln aus dem Lebensmitteleinzelhandel*“.³⁹

Für Konsument*innen wurden Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung vorgeschlagen, z. B. die Aktion „Ist das noch gut?“ der MA38 der Stadt Wien mit Anleitungen für Konsument*innen zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen.⁴¹

Für die Gemeinschaftsverpflegung in Kindergärten, Schulen und Betrieben wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen,^{18,19,26,29} wie Portionsgrößen optimieren und wählbar machen, freie Menükomponentenauswahl, Take-Away-Optionen, Lagerung nach „First in First out“-Prinzip.^{19,29} Weiters sollten sich Schüler*innen selbstständig die Essensmenge wählen und ermutigt werden, bei Bedarf später noch nachzunehmen.²⁹ In Reserve bereitgehaltene Lebensmittel sollten an Mitarbeiter*innen sowie an karitative Einrichtungen ausgegeben werden, solange die Hygiene sichergestellt ist. Weiters sollen Speiseabfälle regelmäßig erhoben werden.²⁹

6.1.5 Förderung des Konsums von regionalen und saisonalen Lebensmitteln

22 Dokumente enthielten Maßnahmen oder Empfehlungen in Bezug auf den Konsum von regionalen und saisonalen Lebensmitteln. Alle Sektoren schlugen Maßnahmen für den Konsum von regionalen und saisonalen Lebensmitteln vor.

Die Gründe für diese Empfehlung sind jedoch unterschiedlich. Ein häufiger Grund ist, die Transportwege zu verkürzen und damit CO₂-Emissionen zu reduzieren und Verpackungen zu vermeiden.^{17,27,32,33,37}

Geschmack und Frische^{17,26,32} werden auch „*als eine Rahmenbedingung einer gesunden Ernährung*“ gesehen,³² da regionale und saisonale Lebensmittel in der Regel höhere Gehalte an Vitaminen, Mineralstoffen und sekundären Pflanzeninhaltsstoffen aufweisen.³³

Häufiger wird jedoch die Förderung des Kaufs zur Stärkung örtlicher Strukturen und regionaler Landwirtschaft und Wertschöpfungskette und Stärkung lokaler Arbeitsplätze genannt.^{20,29,43} Landwirtschaftliche Direktvermarktung, um lokale Nahversorgung zu stärken⁴³ und den Wirtschaftssektor allgemein zu unterstützen,²⁰ wurde auch als Motivation für die Förderung von regionalen Lebensmitteln genannt.

Die Empfehlungen für Regionalität bestimmter Lebensmittel bezog sich vor allem auf Fisch, Obst und Gemüse. Für Fisch zum Beispiel wurde betont, heimische Fischarten zu bevorzugen.^{21,27}

In der Gemeinschaftsverpflegung enthält die Initiative „Österreich isst regional“ wichtige Maßnahmen zur Beschaffung regionaler Produkte.¹⁷ Bei Obst und Gemüse gibt es eine starke Betonung auf Saisonalität und dass 100% der Produkte aus der Umgebung stammen sollten.^{17–20,29} Bei der Definition für Regionalität beziehen sich die Empfehlungen auf das österreichische Umweltzeichen, bei dem eine Entfernung von rund 150 km genannt wird.²⁹ Der „naBe-Aktionsplan“ definiert Obst und Gemüse als saisonal, wenn *„das in Aussicht genommene Verbrauchsdatum mit dem im Saisonkalender ausgewiesenen Datum für reifes Obst und Gemüse übereinstimmt“*.¹⁷

Die meisten Dokumente beziehen sich im Zusammenhang mit der Regionalität auf Aufklärung- und Informationsinitiativen in Schulen⁴⁴ oder auf Herkunftsbezeichnungen wie das AMA-Gütesiegel, das AMA-Biosiegel und AMA-Genussregion.^{29,36,39,45}

6.2 Die Art der politischen Instrumente:

Die meisten Maßnahmen, die in den Dokumenten empfohlen wurden, bezogen sich auf informative Instrumente. Informationskampagnen für die Öffentlichkeit, Beratung von Konsument*innen, Initiativen im Bildungsbereich, vor allem in Schulen, zur Bewusstseinsbildung wurden oftmals genannt.

Keine regulativen oder finanziellen Instrumente wurden erwähnt, um eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu fördern. In Bezug auf organisatorische Instrumente ist die Gemeinschaftsverpflegung der Hauptschwerpunkt der meisten Maßnahmen. Die Servicestelle der AGES für nachhaltige Lebensmittel- und Ernährungssysteme ist ein wichtiges organisatorisches Instrument, um nachhaltige und gesunde Ernährung zu fördern.⁴⁶

7 Schlussfolgerung

Unsere Studie fand zahlreiche Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigen Ernährungsweisen in Österreich, vor allem in der Gemeinschaftsverpflegung wurden klare Ziele gesetzt zu verschiedenen Gesichtspunkten einer nachhaltigen Ernährung. Jedoch sind die meisten Maßnahmen von informativer Natur und nicht rechtlich bindende regulative Instrumente. Weiters fand unsere Erhebung eine klare sektorale Trennung von Maßnahmen, die auf den Konsum oder die Produktion von Lebensmitteln abzielt. Der starke Fokus auf Regionalität könnte von anderen, zum Teil wichtigeren Maßnahmen ablenken. Es besteht dringender Handlungsbedarf für einen systemischen, partizipativen Ansatz, der verschiedene Verhaltensweisen gleichzeitig, kohärent und inklusiv fördert und von verschiedenen Sektoren und Bevölkerungsgruppen getragen wird. Die eingesetzten Instrumente sollten sowohl die Verhaltens- als auch die Verhältnisebene ansprechen.

8 Empfehlungen

8.1 Empfehlungen für politische Maßnahmen

- **Regulative Instrumente für die Umsetzung:** Die meisten Maßnahmen waren Empfehlungen und keine rechtlich bindenden Vorgaben. Dies überlässt die Umsetzung der Empfehlungen den Individuen bzw. Einrichtungen, zum Beispiel Schulen, was Motivation und Kapazität des Schulpersonals erfordert. Erfahrung und Evidenz aus anderen Ländern zeigen, dass freiwillige Ansätze kaum oder gar nicht zu den erzielten Ergebnissen führen.^{47,48}
- **Intersektorale, systemische Ansätze:** Unsere Studie fand eine klare sektorale Trennung von Maßnahmen und wenig bis gar keine Überschneidungen der Zielsetzungen. Es wäre aber wichtig, dass alle relevanten Verhaltensweisen für eine gesunde und nachhaltige Ernährung von verschiedenen Sektoren gleichzeitig gefördert werden. Dies erfordert stärkere intersektorale Zusammenarbeit und Erarbeitung gemeinsamer, synergistischer Ziele. So könnte zum Beispiel ein gleichzeitiger Fokus auf biologischen Landbau, pflanzenbasierte Ernährung und Reduktion von Lebensmittelabfällen dazu beitragen, die relevanten Ziele des EU Klima- und Energiepolitischen Rahmen bis 2040 zu erreichen.⁴⁹
- **Maßnahmen auf der Verhaltens- als auch Verhältnisebene:** Die meisten der identifizierten Maßnahmen zielten auf die Wissensvermittlung und Bewusstseinschaffung von Individuen und damit deren volle Eigenverantwortung ab. Diese Maßnahmen sollten jedoch einhergehen mit einer Verbesserung der Verhältnisse im Lebensmittelumfeld und Ernährungssystem allgemein. Die zahlreichen Maßnahmen zur Optimierung des Speiseangebots in der Gemeinschaftsverpflegung sind da ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.
- **Soziale Aspekte als Fokus:** Die vorliegende Analyse hat soziale Aspekte wie Leistbarkeit von nachhaltigen, gesunden Lebensmitteln nicht miteinbezogen. Diese sollten aber in politischen Maßnahmen fokussiert werden. Die Involvierung von Nichtregierungsorganisationen in die Planung, Umsetzung und Überwachung von Strategien und Prozessen wäre hier ein wichtiger Schritt.

8.2 Empfehlungen für Forschung:

- **Erhebung von Maßnahmen in der Lebensmittelproduktion:** Dieser Bericht hat sich auf Maßnahmen konzentriert, die den nachhaltigen Konsum fördern. Ein nächster wichtiger Schritt wäre zu erheben, wie Maßnahmen in der landwirtschaftlichen Produktion, Verarbeitung und im Handel indirekt eine nachhaltige und gesunde Ernährung fördern oder behindern könnten. Eine derartige Analyse wäre wichtig, um die Kohärenz der verschiedenen Strategien auf einen systemischen Ansatz hin zu untersuchen.⁵⁰
- **Analyse von Dokumenten auf Länderebene:** Es wäre auch wichtig zu erheben, welche Strategien bezüglich nachhaltiger Ernährung auf Länderebene vorgeschlagen werden.
- **Erhebung der Implementierung:** Ein weiterer Schritt wäre, die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erheben, um zu sehen, inwieweit beispielsweise Schulen die Empfehlungen für eine nachhaltige und gesunde Ernährung im Speiseangebot umsetzen und wie Verbesserungen in der Gemeinschaftsverpflegung auch zu einer Verhaltensänderung führen können.
- **Erhebung der nachhaltigen Ernährungskompetenz:** Zahlreiche Maßnahmen zielen auf die Bildung der Konsument*innen ab. Hier wäre wichtig, die Ernährungskompetenz speziell im Hinblick auf nachhaltige Ernährung zu erheben, um den Effekt der verschiedenen Initiativen auf das Wissen und das Verhalten in der Bevölkerung besser zu verstehen.
- **Erhebung von sozialen Aspekten als Voraussetzung für nachhaltigen Konsum:** Die vorliegende Analyse hat soziale Aspekte wie Leistbarkeit von nachhaltigen, gesunden Lebensmitteln nicht einbezogen, diese sollten aber in zukünftigen Forschungsprojekten berücksichtigt werden. Um die oben genannten Maßnahmen auch an verschiedene Bevölkerungsgruppen anzupassen, ist es unabdingbar, die Lebensumstände von Menschen und Leistbarkeit von gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln zu verstehen. Partizipative Methoden könnten die unterschiedlichen Lebensumstände, finanzielle, soziale und kulturellen Faktoren, die einer nachhaltigen Ernährung im Wege stehen, besser beleuchten.⁵¹
- **Verständnis der Machtverhältnisse:** wichtig wäre auch die Ungleichgewichte und Interessen in Entscheidungsprozessen zu erheben, um zu verstehen, welche Rolle etwa Unternehmensinteressen spielen, inwieweit zivilgesellschaftliche Organisation in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden oder welche Konsequenzen die Marktdominanz einer kleinen Anzahl großer Unternehmen auf das Ernährungssystem und die entsprechenden politischen Maßnahmen haben können.⁵²

9 Literaturverzeichnis

1. Burlingame B. *Sustainable Diets and Biodiversity*. Food and Agriculture Organization of the United Nations; Bioversity International; 2012.
2. Willett W, Rockström J, Loken B, et al. Food in the Anthropocene: the EAT–Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems. *The Lancet*. 2019;393(10170):447-492. doi:10.1016/S0140-6736(18)31788-4
3. World Health Organization. *Red and Processed Meat in the Context of Health and the Environment: Many Shades of Red and Green. Information Brief.*; 2023.
4. AMA. *Entwicklung Des Pro-Kopf-Verbrauches von Fleisch Inkl. Geflügel Gesamt in Österreich.*; 2019. <https://www.ama.at/marktinformationen/vieh-und-fleisch/konsumverhalten>
5. DGE. *Vollwertig Essen Und Trinken Nach Den 10 Regeln Der DGE.*; 2020. <https://www.dge.de/gesunde-ernaehrung/dge-ernaehrungsempfehlungen/10-regeln/>
6. United Nations. *The Sustainable Development Goals Report 2019.*; 2019.
7. Parson, Kelly, Hawkes, Corinna. *Connecting Food Systems for Co-Benefits: How Can Food Systems Combine Diet-Related Health with Environmental and Economic Policy Goals?* World Health Organization Regional Office for Europe; 2018. [https://www.eu2018.at/dam/jcr:cf16410d-5738-4de9-9496-6c9ceedd8264/Policy%20Brief%20\(EN\)%2023.11.2018.PDF](https://www.eu2018.at/dam/jcr:cf16410d-5738-4de9-9496-6c9ceedd8264/Policy%20Brief%20(EN)%2023.11.2018.PDF)
8. Turner C, Aggarwal A, Walls H, et al. Concepts and critical perspectives for food environment research: A global framework with implications for action in low- and middle-income countries. *Glob Food Secur*. 2018;18:93-101. doi:10.1016/j.gfs.2018.08.003
9. EU Kommission. *A Farm to Fork Strategy for a Fair, Healthy and Environmentally-Friendly Food System.*; 2020. https://food.ec.europa.eu/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en
10. World Health Organization. *Global Nutrition Policy Review 2016-2017: Country Progress in Creating Enabling Policy Environments for Promoting Healthy Diets and Nutrition.*; 2018.
11. Fanzo J, Rudie C, Sigman I, et al. Sustainable food systems and nutrition in the 21st century: a report from the 22nd annual Harvard Nutrition Obesity Symposium. *Am J Clin Nutr*. 2021;115. doi:10.1093/ajcn/nqab315
12. Knill C, Schulze K, Tosun J. Regulatory Policy Outputs and Impacts: Exploring a Complex Relationship. *Regul Gov*. 2012;6:427-444. doi:10.1111/j.1748-5991.2012.01150.x
13. Bowen GA. Document Analysis as a Qualitative Research Method. *Qual Res J*. 2009;9(2):27-40. doi:10.3316/QRJ0902027

14. SAPEA, Science Advice for Policy by European Academies. *Towards Sustainable Food Consumption.*; 2023. doi:10.5281/zenodo.8031939
15. Hood C. *Tools of Government.* Macmillan International Higher Education; 1983.
16. BMNT. *Die Österreichische Strategie Zur Anpassung an Den Klimawandel.* Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus; 2017.
17. BMK. *NaBe Aktionsplan & Kernkriterien Für Die Beschaffung Nachhaltiger Produkte Und Leistungen.* Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie; 2021.
18. BMSGPK. *Qualitätsstandard Für Die Verpflegung Im Kindergarten.* Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; 2022.
19. BMSGPK. *Qualitätsstandard Für Die Verpflegung in Betrieben.* Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; 2021.
20. BMSGPK. *Qualitätsstandard Für Die Ernährung in Wohn- Und Pflegeeinrichtungen Für Seniorinnen Und Senioren.* Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; 2022.
21. AGES. *Ernährungsempfehlungen Für Ein- Bis Dreijährige Kinder.* AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit; 2014.
22. BMASGK. *Empfehlung Der Nationalen Ernährungskommission: Österreichische Empfehlungen Für Das Mittagessen in Der Schule.* Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz; 2019.
23. BMSGPK. *Empfehlung Der Nationalen Ernährungskommission: Österreichische Empfehlung Für Das Mittagessen Im Kindergarten.* Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; 2017.
24. BMASGK. *Die Österreichische Ernährungspyramide Für Schwangere Und Stillende.* Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz; 2019.
25. BMSGPK. *Die Österreichische Ernährungspyramide.* Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; 2019.
26. BMLRT. *„Los Geht’s: Mehr Qualität Auf Unseren Tellern“: Leitfaden Zur Lebensmittelbeschaffung Für Die Gemeinschaftsverpflegung Und Gemeinden.* Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus; 2021.
27. AGES. *Ernährungsempfehlungen Für Kinder Im Alter von 4 Bis 10 Jahren.* AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit; 2017.
28. AGES. *Österreichische Beikostempfehlungen.* AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit; 2022.
29. AGES. *Umsetzung Einer Gesundheitsförderlichen Verpflegung in Schulen: Ausführliche Begleitinformationen Zur Checkliste Für Die Schulverpflegung.* AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit; 2019.

30. BMG. *Leitlinie Schulbuffet: Empfehlungen Für Ein Gesundheitsförderliches Speisen- Und Getränkeangebot an Österreichischen Schulbuffets*. Bundesministerium für Gesundheit; 2015.
31. BMSGPK. *Empfehlung Der Nationalen Ernährungscommission: Österreichisches Nährwertprofil Zur Lenkung von Lebensmittelwerbung an Kinder in Audiovisuellen Medien*. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; 2021.
32. BMG. *Nationaler Aktionsplan Ernährung*. Bundesministerium für Gesundheit; 2013.
33. BMGF. *Gesundheitsziele Österreich: Richtungsweisende Vorschläge Für Ein Gesünderes Österreich*. Bundesministerium für Gesundheit und Frauen; 2017.
34. BML. *Aktionsprogramm Biologische Landwirtschaft 23+*. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft; 2022.
35. BMK. *Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+*. Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie; 2022.
36. BMLRT. *Nationaler Strategieplan Österreichs Für Die Aquakultur Und Fischerei Für Den Zeitraum 2021 Bis 2027*. Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus; 2021.
37. BML. *Die Österreichische Strategie Zur Nachhaltigen Entwicklung*. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft; 2002.
38. BML. *GAP-Strategieplan Österreich 2023-2027*. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft; 2021.
39. Bundeskanzleramt Österreich. *Aus Verantwortung Für Österreich. Regierungsprogramm 2020 – 2024.*; 2020.
40. BMK. *Strategie Zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen*. Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie; 2021.
41. BMK. *Aktionsprogramm „Lebensmittel Sind Kostbar!“: Maßnahmen Zur Nachhaltigen Verringerung von Lebensmittelabfällen*. Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie; 2023.
42. BMNT. *SDG-Aktionsplan 2019+*. Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus; 2019.
43. BML. *Meine Region - Unser Weg*. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft; 2022.
44. BMB. *Handbuch Für Ökologisches Schulmanagement*. Bundesministerium für Bildung; 2017.
45. BMLRT. *Österreichische Eiweißstrategie*. Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus; 2021.

46. AGES. Servicestelle für nachhaltige Lebensmittel- und Ernährungssysteme. Published 2023. https://akademie.ages.at/auftaktveranstaltung_sustainable_food_systems
47. Blanchard L, Blanchard L, Ray S, et al. Where is the evidence supporting voluntary and public-private partnership policies for promoting healthy food environments? Findings from four evidence syntheses. *Popul Med*. 2023;5(Supplement). doi:10.18332/popmed/165468
48. Calvert E. *Food Marketing to Children Needs Rules with Teeth, A Snapshot Report about How Self-Regulation Fails to Prevent Unhealthy Foods to Be Marketed to Children.*; 2021.
49. Rööß E, Mayer A, Muller A, et al. Agroecological practices in combination with healthy diets can help meet EU food system policy targets. *Sci Total Environ*. 2022;847:157612. doi:10.1016/j.scitotenv.2022.157612
50. Trübswasser U, Hawkes C, Ledlie N, Andridge C. *Taking A Food Systems Approach To Policymaking: Evidence On Benefits And Risks In Five Policy Areas Across The Food System*. Centre for Food Policy at City, University of London and Results for Development (R4D); 2022.
51. Neve K et al. *Understanding Lived Experience of Food Environments to Inform Policy: An Overview of Research Methods*. Centre for Food Policy, City, University of London; 2021.
52. Clapp J. The problem with growing corporate concentration and power in the global food system. *Nat Food*. 2021;2(6):404-408. doi:10.1038/s43016-021-00297-7